

# FIGU OFFENER BRIEF

5. Jahrgang Nr. 13, März 2014

Erscheinungsweise: Sporadisch Internetz: http://www.figu.org E-Briefe: info@figu.org

# An alle Menschen der Europäischen Union und der Schweiz

#### Die Schweiz und die diktatorische Europäische Union

Vorausgehend ist zu sagen, dass ich, BEAM, weder einer politischen noch sonstigen Partei angehöre, noch mich sonstwie politisch betätige. Was daher folgend gesagt wird, bedeutet in keiner Art und Weise ein Politisieren, sondern einzig und allein eine rundum klare Feststellung gegebener und sich daraus ergebender Fakten. Die Rede ist dabei von der EU resp. Europäischen Union sowie von der Schweiz, die am 9. Februar 2014 beide wieder einmal politisch in Sachen Masseneinwanderung und Personenfreizügigkeit herumgemacht haben. Dabei hatte natürlich die EU-Diktatur ihre schmutzigen Finger im Spiel, damit noch mehr Menschen von fremden Staaten ins Schweizerland kommen und dann letztendlich hier bleiben können. Die EU-Diktatur zwingt die Schweiz mit bösen Drohungen dazu, dass sie spurt und politisch alles so ausrichtet, wie es der diktatorischen Europäischen Union in den Kram passt und ihr Nutzen bringt. Spurt die Schweiz nicht und beharrt auf ihrer Souveränität, dann steht die EU-Drohung an, dass die Bilateralen Verträge sistiert würden, die bisher ausgehandelt wurden. Es herrscht durch die EU-Regierung in Brüssel also brüllende Diktatur, zwangsmässige Gewaltsamkeit und blanker Zwang, was sich die schweizerischen Regierungsverantwortlichen und das Schweizervolk einfach gefallen lassen sollen. Zuspruch erhält dabei die EU-Diktatur noch von jenen Schweizern, die heimatverräterisch alles versuchen, von hinten her in die EU einzuschleichen und damit die neutrale Freiheit der Schweiz und deren Volk für eine diktatorische Knechtschaft zu opfern. Da fragt sich, wie blind und dumm ein solcher Mensch sein muss, der die eigene Heimat, die Freiheit und die Neutralität verrät, indem nach EU-diktatorischer Knechtschaft und Sklaverei gelechzt wird, durch die letztendlich jeder einzelne Mensch totalitär bis aufs Blut überwacht und durch menschenunwürdige Gesetze gezüchtigt und damit in seinem eigenen Selbstsein derart eingeschränkt wird, dass er nur noch hündisch-demütig den EU-Diktatoren nicht nur die Stiefel, sondern auch die Füsse und den Hintern leckt. Wie dumm und dämlich müssen solche Menschen doch sein, die sich EUfreundlich schwachsinnig an die EU verkaufen oder sich verkaufen wollen, ohne darüber nachzudenken, was die Europäische Union in Wirklichkeit ist – eine blanke Diktatur, wie sich das nunmehr nach der Abstimmung am 9. Februar 2014 durch die hassschäumenden Reden der EU-Politiker und ihrer Trabanten sowie derer bewiesen hat, die solidarisch nach ihr lechzen. Die Nazimethoden lassen grüssen; soll es tatsächlich nochmals so weit kommen wie damals, wozu der Anfang mit der EU bereits gemacht ist? Hierin wurden folglich nicht einmal Grenzen gesetzt von jenen des Schweizervolkes, die nach der EU-Mitgliedschaft und nach den kriminellen und menschenfreiheitsverachtenden EU-Machenschaften schreien; ganz im Gegenteil beschimpften sie alle Wähler – wie das auch die EU-Politiker taten –, die der Masseneinwanderungsinitiative zustimmten und die rundum die Selbstbestimmung der Schweiz bewahren und die freie Heimat erhalten wollen. Genau diese nach der EU-Knechtschaft Brüllenden sind es, die grosse Töne spucken in bezug auf Demokratie, doch was Demokratie wirklich ist, davon haben sie keinerlei Ahnung, denn wie käme es sonst, dass sie (weil sie die Schlacht durch das Mehr des Volkswillens verloren haben) mit bösartigen, hassvollen und schmierigen Ausrufen all jene Bürgerinnen und Bürger der Schweiz als Spinner usw. beschimpfen – wie das auch die EU-Hähne und die EU-Hennen in Brüssel und überall anderswo tun –, weil sie stinksauer sind, dass ihnen ein Strich durch ihre schmutzige Rechnung gemacht wurde.

Nun, in bezug auf die EU-Freundlichen in den Schweizer Parteien, die natürlich auch in der Regierung und in vielerlei staatlichen Ämtern vertreten sind, fragt es sich, inwieweit sie sich eigentlich für die Freiheit, Neutralität und Souveränität der Heimat Schweiz verantwortlich fühlen. Auch fragt es sich, was sie wirklich für den Erhalt dieser Werte tun. Dazu kann wohl nur gesagt werden, dass es viel zu wenig ist. Gegenteilig wird viel dazu getan, die Schweiz endgültig in die Klauen der kriminellen, freiheitszerstörenden und diktatorischen EU zu treiben. Dadurch müsste die Schweiz – wie es bei allen EU-Staaten der Fall war, denen wenigstens teils-halbwegs Demokratieformen eigen waren – ihre altherkömmliche und hochgepriesene Demokratie bald in den Nebel schreiben, wobei die Schweiz aber wahrheitlich auch nur einer Teildemokratie entspricht, weil das Volk zu vielen Dingen nicht viel oder überhaupt nichts zu sagen hat und dieses auch durch Parteien beeinflusst und gesteuert wird. Und wenn schon etwas in richtiger Weise getan und erfüllt wird, wie es durch die Masseneinwanderungsinitiative der SVP geschehen ist, dann nörgeln und schimpfen die anderen Parteien und machen jene zur Sau, welche die Wahl gewonnen haben. Weil es nicht nach ihrem wirren Sinn gegangen ist und das Resultat nicht in ihren Kram passt, beschimpfen und verfluchen sie (natürlich als gute Christenmenschen, als die sie sich wähnen) die Siegreichen und Vernünftigen.

Noch haben wir Sicherheit und Frieden sowie eine noch massgebende Freiheit in unserem Schweizerland, wenigstens noch so lange, wie diese Werte durch die EU nicht völlig demoliert werden. Doch genau das ist im Anmarsch, wenn die Schweiz resp. ihre staatlichen Vertreter nicht endlich der EU den Weg weisen und dieser diktatorischen Gesellschaft die Stirn bieten und ihr die Freiheit, Neutralität und Souveränität der Schweiz aufzeigen. Geschieht dies nicht, dann kommt es so, wie bereits in den 1950er Jahren vorausgesagt wurde, dass in Brüssel die schon damals geplante europäische Diktatur sich mit Gewalt und Zwang alle Staaten unter den Nagel reisse und die Freiheit der Menschen durch Knechtschaft und Sklaverei zerstöre. Sollte es tatsächlich so weit kommen, wie schon damals gesagt wurde, dass die Menschen der EU bis ins letzte kontrolliert und ihnen letztendlich Kontroll-Chips eingepflanzt werden sollen, dass sie bis auf den Zentimeter genau eruiert und überwacht werden können, dann ist nichts mehr zu retten. Damals in den 1950er Jahren, als diese Voraussage gemacht wurde, erschien das Ganze noch utopisch, doch das hat sich in der Zeit seit damals gründlich geändert, denn heute existiert die dafür notwendige Technik bereits und wird ständig noch weiter ausgefeilt. Dabei muss nur daran gedacht werden, dass schon seit Jahren Hunden und Katzen und anderen Tieren solche Chips eingepflanzt werden. Von den Viechern zum Menschen ist es also nicht mehr weit, und die kriminelle EU ist auf dem besten Weg dazu, diese frühe Idee der Kontrollchips für den Menschen umzusetzen. Zwar wird das heute noch vehement bestritten, weil die Sache noch nicht ausgereift genug ist und auch viele, die mit der EU liebäugeln oder in ihren Reihen arbeiten, darüber noch nicht orientiert sind. Was aber die Voraussage damals in den 1950ern aussagte und illusorisch und utopisch klang, kann heute mit Leichtigkeit verwirklicht werden.

Wir Schweizer/innen haben glücklicherweise noch keine kriegerische Einsätze im Ausland, wie das gegenteilig bei den EU-Staaten der Fall ist, was ungeheure Kosten verursacht, die durch die EU-Länder bezahlt werden müssen (auch die Schweiz steuert einen horrenden Beitrag an die EU bei, wobei es sich fragt, wofür?), wobei bei solchen kriegerischen Einsätzen auch immer wieder viele Menschenleben zu beklagen sind. Nun, meinerseits bin ich während vielen Jahren weit in der Welt herumgekommen, habe auch in Drittweltländern gearbeitet, viel Not und Elend gesehen, habe viel Böses und Übles erfahren und erlebt und weiss daher, was in den Weiten der Erde an Unmenschlichem und Diktatorischem sowie an Despotischem geschieht. Um so mehr schätze ich meine Heimat und bin sehr zufrieden hier in der Schweiz, denn ich lasse mich nicht von all dem vielen Guten, Positiven und Wertvollen abhalten, das mir meine Heimat bietet, und

zwar auch dann nicht, wenn ich mit diversen falschen politischen Beschlüssen, Dingen und Machenschaften

nicht konform laufe, die der Schweiz in mancherlei politischer und menschenfreiheitlicher Hinsicht Schaden bringen. Den EU-Freundlichen und EU-Pro- und Hurraschreiern aber wäre es gut geraten, wenn sie einmal in die Welt hinauszögen – nicht als blinde, faule Touristen, sondern so, dass sie in den fremden Ländern mit den Menschen arbeiten und unter einem Dach leben müssen –, um kennenzulernen, was Armut, Diktatur und Despotismus sowie Unrecht und Verbrechen am Menschen wirklich sind. Dann würden sie nicht mehr nach EU-mässiger Diktatur lechzen, sondern infolge ihres primitiven EU-Gebarens zutiefst im Abgrund versinken.

Doch zurück zur Personenfreizügigkeit: Allgemein haben wir Schweizer/innen prinzipiell nichts gegen Ausländer, und wenn nun die Masseneinwanderungsinitiative der SVP angenommen wurde, dann geschah dies mit vollem Recht. Wir haben hier in der Schweiz sehr viele Menschen aus fremden Ländern – verhältnismässig wohl viel mehr als die einzelnen EU-Staaten –, folglich haben wir es mit vielen verschiedenen Mentalitäten und Religionen sowie Sekten und sonstigen Weltanschauungen usw. zu tun. Doch wir Schweizer/innen sind allgemein weder ausländer-, fremden-, kultur- noch religionsfeindlich (auch wenn es leider – wie auch in der EU – solche Unvernünftige gibt, die jedoch in der Minderheit sind); gegenteilig haben wir sehr viele Freunde unter den aus dem Ausland Eingewanderten und auch Eingebürgerten gewonnen. Also kann mit gutem Gewissen verlautet werden, dass wir all diese Menschen nicht missen möchten, von denen wir auch sehr viel gelernt haben und daher auch sagen können, dass wir ihnen und sie auch uns wirklich liebevoll, freundlich und menschlich gesinnt sind. Trotzdem ist es jedoch so, dass durch eine Zuwanderung von Menschen fremder Staaten in die Schweiz – wovon auch alle anderen Industriestaaten betroffen sind – langsam aber sicher eine Übervölkerung im Land entsteht, der über kurz oder lang nicht mehr Herr zu werden sein wird. Dabei wird es auch zu vielen arbeitsmässigen, finanziellen, kulturellen, medizinischen, menschlichen, religiös-sektiererischen, sozialen und wirtschaftlichen Problemen kommen; ebenso zu unüberbrückbaren Energie-, Mentalitäts- und Rassenvermischungsproblemen sowie zu Hass, Streitereien und zur Steigerung von Krankheiten, Seuchen, wie auch zu steigender Kriminalität und Verbrechen, und zwar nicht nur allgemein in der Gesellschaft, sondern auch im Bereich der Familien. Die Schweiz weist bereits eine Gesamtbevölkerung von über acht (8) Millionen auf (inklusive der sehr grossen Anzahl Eingewanderter), was schon jetzt zu viel ist, folglich Neuzuwanderungen von Menschen streng begrenzt und kontrolliert werden müssen, um das Land nicht zu übervölkern, was ja tatsächlich schon geschehen ist und weiter geschieht. Im Vergleich zu diversen EU-Ländern ist die Schweiz ein Winzling und nicht in der Lage, verhältnismässig und unkontrollierbar mehr Einwanderer aufzunehmen, als dies die EU-Industriestaaten tun. Trotzdem wird kriminell von der EU und ihren Trabanten sowie von jenen unvernünftigen Schweizern und Schweizerinnen, die nach einer EU-Mitgliedschaft gieren, gefordert, dass eine Masseneinwanderung des Rechtens sein müsse. Also ist eine strenge Kontrolle gefordert, damit nur noch effectiv des Lebens gefährdete Flüchtlinge, genügend notwendige fremde und versierte Arbeits- und Fachkräfte und sonstig Rechtschaffene als Daueraufenthalter ins Land eingelassen werden, die dann später vielleicht auch eingebürgert werden wollen und es auch können. Prekär ist es in der Schweiz auch geworden, weil mit der Zuwanderung auch sehr viel Kulturland verschwunden ist, was bei einer weiteren Zuwanderung weiter so fortschreitet, und zwar indem zwangsläufig neue Wohnhäuser, Strassen und sonstige Verkehrswege sowie allerlei Gebäulichkeiten gebaut und Kulturländereien für sinnlose Betätigungen genutzt werden müssen, wodurch immer mehr nutzbares und fruchtbares Land verbaut und zubetoniert wird. So geht es also nicht mehr lange, bis kein fruchtbares Kulturland mehr vorhanden ist, das zum Nahrungsmittelanbau benutzt werden kann. Das bedeutet, dass immer mehr Bauernbetriebe, Gärtnereien und Privatgärten verschwinden, folglich die Schweiz letztendlich in bezug auf die Nahrungsmittelbeschaffung vollständig vom Ausland abhängig wird, eben von all jenen Staaten, die noch Platz und Kulturland genug haben, um Bauernbetriebe, Gartenbaubetriebe und Privatgärten aufrechterhalten zu können. Ein weiterer Faktor, der durch eine weitere grosse und unkontrollierte Zuwanderung entsteht, besteht darin, dass sich die Menschen untereinander immer fremder werden, wie auch darin, dass sie sich infolge Sprachenmangels oder Sprachenverwirrung nicht mehr miteinander verständigen können, wie sie auch immer weniger Bewegungsfreiheit haben, weil der

Platz für jeden einzelnen Menschen immer knapper wird. Weiter kommt in verheerender Weise hinzu – was sich schon seit Jahrzehnten abzeichnet und immer schlimmer wird –, dass nicht mehr gesunde, richtige und positive Gedanken und Gefühle gehegt und gepflegt werden. Dadurch kann der Mensch nicht mehr richtig leben, weil er keine richtige zwischenmenschliche Beziehungen und kein echtes Mitgefühl zu den Mitmenschen sowie zur Fauna und Flora und zur Erde mehr aufbauen kann. Dies darum, weil er nur noch in blankem Egoismus für sich allein lebt, schaltet und waltet und durchaus und ohne Rücksicht auf Verluste für andere nur noch seinen eigenen selbstsüchtigen Bedürfnissen frönt. Tatsächlich hat er verlernt, bessere Gedanken und Gefühle zu pflegen, um dadurch besser leben und auch gute und gesunde zwischenmenschliche Beziehungen schaffen und erhalten zu können. Kriminalität und Verbrechen in den Familien, Schulen und in der Gesellschaft haben sich schon lange horrend gesteigert, wie auch allerlei Allergien und effective Krankheiten, wobei besonders der Krebs bei den Menschen ungeheuer stark zugenommen hat, und zwar nicht zuletzt infolge der mit allerlei Giften durchsetzten Lebensmittel und der durch Gifte geschwängerten Atemluft.

SSSC, 13. Februar 2014, 17.02 h, Billy

### Tiefgründiges Nachdenken ist gefragt!

Schon Monate vor der Abstimmung gegen die (Masseneinwanderungsinitiative) der SVP bemühten sich EU-freundliche Zeitungsredaktoren und Radio-/TV-Moderatoren sowie Politiker ziemlich penetrant, die Schweizer Bürger bei einer etwaigen Zustimmung zur Initiative auf kommende EU-Sanktionen und EU-Strafaktionen sowie auf einen möglichen Kollaps der Schweizer Wirtschaft hinzuweisen. Auch EU-Politiker kamen zu Wort. In aggressiven Tönen liessen sie präventiv die negativen Auswirkungen auf die Schweizer niederprasseln, sollte der Souverän (das Schweizervolk) die Dreistigkeit besitzen, seine quasi direkt-demokratischen Rechte wahrzunehmen und für die Initiative zu stimmen und damit die Personenfreizügigkeit mit der EU oder gar alle bilateralen Verträge mit der EU aufs Spiel zu setzen. Das ist nun am 9. Februar 2014 trotz all der angedrohten Bestrafungen und der sonstigen geschilderten Horrorszenarien passiert: 50,3% der stimmberechtigten Schweizer stimmten für eine Begrenzung der Einwanderung. Die Gründe sind unterschiedlicher Natur. Das Gezänk und Gejammer jedoch geht weiter, und zwar auch Schweizintern. Fast der ganze Bundesrat ist peinlich berührt und schämt sich seiner unbequemen Bürger, die es wagten, ein Ja in die Urne zu legen – und arbeitet damit den hämisch grinsenden und händereibenden EU-Diktatoren in die Hände –, und einzelne SP-Politiker möchten gar die Abstimmung wiederholen lassen. Das altbewährte Schweizerische wie Neutralität, Freiheit, Selbstbestimmung, direkte Demokratie, Frieden, Wohlstand, Pragmatismus und doch in gewissem Sinne dem Schweizerlande entsprechende politische Weitsicht etc. soll weggeworfen werden, die Schweizer enger zusammenrücken, fremder Vögte Recht übernehmen, «sich öffnen», d.h., jeden und jede – egal woher und mit wieviel Anhang – im Lande zum Bleiben willkommen heissen und eine multikulturelle Gesellschaft bilden, in der keiner mehr Platz für sich selbst findet, die Menschen sich nicht mehr verstehen und sich dadurch entfremden – mit allen fügungsmässigen Nachteilen, auch was die Natur betrifft. So viel Naivität und Intelligenzschwäche lässt einem an die Stirn greifen, und ganz automatisch kommen Fragen auf, über die die ‹EU-Freunde› resp. EU-Befürworter tief nachdenken sollten, wie:

- Warum erkennen die EU-befürwortenden Schweizer die wahre Natur des EU Parlamentes nicht?
- Warum akzeptieren die meisten Schweizer Medien und Politiker das Abstimmungsresultat widerwillig, fahren ganz im Gegenteil im gleichen aggressiven, drohenden, bevormundenden, erpresserischen Stil weiter wie die EU-Politiker?
- Warum sprechen z.B. die Redaktoren einzelner Schweizer Zeitungen und Radio- und TV-Stationen immer noch von Demokratie, wenn von der EU die Rede ist, während bei einzelnen EU-Bürgern sich

die EU bereits zu einer EUdSSR (Europa Union sozialistischer Sowjetstaaten, ein sogenanntes stalinistisches Grossreich) mutiert hat?

- Warum wirkt die Aussicht auf totale Überwachung nicht abschreckend auf die Schweizer EU-Befürworter? Möchten sie komplett manipuliert werden, um ja nicht selbst denken zu müssen?
- Warum hören sich die 〈EU-Turbos〉 keine Reden von z.B. Nigel Farage und andern denkfähigen Kritikern der EU an; oder warum ignorieren sie die kritischen Stimmen der Bürger aus der EU, die mit der Diktatur Europäische Union bereits ihre negativen Erfahrungen erlebten und deshalb äusserst unzufrieden sind? Denken sie, bei ihnen würde alles besser und anders, und wenn nicht, ein in jedem Fall imaginärer Gott ihnen helfen würde?
- Warum überwiegen beim einzelnen Schweizer EU-Befürworter die kleinen persönlichen Vorteile, wie z.B. eine eventuelle Möglichkeit eines Arbeitsplatzes im europäischen Ausland oder die freie Durchfahrt an der Grenze, gegenüber all den gravierenden Nachteilen einer höchst undemokratischen, bevormundenden, zwanghaften, überwachenden Europäischen Union und einer gewaltigen Überbevölkerung mit all ihren gravierenden Nachteilen für die Menschen sowie die Fauna und Flora der Schweiz?
- Woran erinnert einem die in der EU herrschende Nulltoleranz gegenüber Andersdenkenden? Übernimmt das Europäische Parlament etwa die Machtansprüche und Bestrafungen religiöser Gross-Sekten und anderer diktatorischer Regime?
- Warum lässt sich der kleine Schweizer so gerne durch Obrigkeiten belügen und glaubt die Mär von Wohlstand und Arbeitsplatzerhalt, wenn der Wohlstand nur immer einzelne betrifft und er trotz Arbeitsplatz kaum mehr für seine anfallenden Kosten aufkommen kann, weil er unheimlich viel Geld für den Moloch EU und die gierigen EU-Politiker abliefern muss?

Und als letzte, jedoch sehr wichtige Frage:

- Warum machen sich die Menschen keine Gedanken über das Wirken der schöpferischen Gesetze? Oder anders gefragt: Kann eine negative Ursache (diktatorische Absichten, Lüge, Unfreiheit, Zwang, Machtgehabe, Drohung, Selbstbereicherung, Terror, Menschenverachtung und Wirtschaftsfeindlichkeit, usw. usf.) in den fügungsmässigen resp. kausalen Abläufen und Vorgängen positive Wirkungen hervorrufen, wie die <EU-Turbos> uns und sich selbst weismachen resp. vorgaukeln wollen? Leiden sie etwa unter Hirngespinsten oder sonst an mangelndem Verstand?

Dazu ein paar Sätze aus dem Buch <Lehrschrift für die Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens> von <Billy> Eduard Albert Meier, Seite 163, Frage 132) Gibt es eine universale Fügung oder <Zufall>?

«... Massgebend bei Fehlern, die durch Menschen begangen resp. hervorgerufen werden, ist immer die Ursache und der sich daraus ergebende fügungsmässige Ablauf und Vorgang, die wirksam und bestimmend sind, hin bis zur Endfügung, die als Sammlungsfügung dann die Wirkung erzeugt. Also ist in jedem einzelnen Fall einer entstehenden oder entstandenen Wirkung eine Fügung vorgegeben, die auf einer bestimmten Reihe von Fügungsmomenten aufgebaut ist, die aus einer alles bestimmenden Ursache hervorgeht. Das beruht auf einem gesamtuniversellen, unumstösslichen und unbestechlichen Gesetz, das gnadenlos aus einer Ursache ihr entsprechende aneinanderreihende Fügungsmomente schafft sowie letztlich eine Sammelfügung und eine daraus resultierende, bestimmte Wirkung.»

Euch EU-Befürwortern – und mit Euch uns allen – wird das Lachen vergehen, wenn wir uns der EU unterwerfen; die **Wirkungen** aus den Fügungsmomenten werden **grauenhaft** sein. Denkt darüber nach, und fragt Euch, ob Ihr diese Verantwortung übernehmen könnt!

Mariann Uehlinger, Schweiz

### Eine Weiche wurde umgestellt ...

Das direktdemokratisch zustande gekommene Ergebnis des Schweizer Abstimmungs-Sonntags vom 9. Februar 2014 mit der Zustimmung zur sogenannten (Masseneinwanderungs-Initiative) der Schweizerischen Volkspartei (SVP) – notabene gegen den Widerstand einer grossen Übermacht von anderen Parteien und Gremien – hat in Europa wie ein kleines Erdbeben eingeschlagen und besonders in den politischen Führungsetagen des EU-Raumes einige Köpfe durchgeschüttelt. Dadurch liessen sich etliche Politiker und weitere in der Öffentlichkeit stehende Personen zu abschätzigen Kommentaren hinreissen, die von einem entlarvenden Mangel an Demokratieverständnis und von Respektlosigkeit zeugen. Das Abstimmungsergebnis in der Schweiz ist ein deutlicher Schuss vor den Bug der (EU-Turbos) und all jener (politischwirtschaftlich-technokratischen Eliten) in ihrem Elfenbeinturm, welche der Ansicht sind, dass sie viel besser als die direktbetroffene Bevölkerung in den Ländern des EU-Raums wüssten, was für diese gut und richtig sei. Die Botschaft ist eindeutig: Das Volk wird als unfähig, unberechenbar, hinterwäldlerisch-rückständig oder ganz allgemein als inkompetent betrachtet.

In der Schweiz ist das Verdikt des Volkes ein klares Zeichen für ein gestiegenes Unbehagen und die Erkenntnis, dass die gegenwärtige Entwicklung im Land in vielerlei Hinsicht schädlich ist und in eine falsche Richtung verläuft. Die Schweiz ist ein kleines Land mit einem beträchtlichen Flächenanteil an Gebirgen usw., der für den Anbau von Nahrungsmitteln usw. nicht genutzt werden kann. Wenn in einem solchen Land, dessen Bevölkerung bereits die Schwelle von 8 Millionen überschritten hat und zudem im weltweiten Vergleich eine extrem hohe Bevölkerungsdichte pro km² urbarer Landfläche aufweist, die Bevölkerung durch die Zuwanderung aus dem Ausland jährlich um die Zahl einer Kleinstadt weiter ansteigt, dann ist der kritisierte Begriff (Masseneinwanderung) völlig zutreffend und der Bedarf für Gegenmassnahmen klar ausgewiesen.

Wie aus der Kindererziehung gelernt werden kann, führt das ‹aufgedrehte› Verhalten von Kleinkindern meist eher früher als spät zu Tränen, da seitens der Eltern Korrekturmassnahmen ergriffen werden müssen, um ein Überborden des übermütigen Tuns und damit verbundene und sich abzeichnende negative Folgen zu verhindern. Gleichermassen gilt, dass wenn in irgendeinem Lebensbereich das ‹gesunde und vernünftige Mass› aus den Fugen gerät, dass dann Handlungsbedarf besteht und entsprechende Massnahmen zu treffen sind bzw. getroffen werden sollten. Und um Massnahmen treffen zu können, dazu ist ein Handlungsspielraum erforderlich. Ist kein Handlungsspielraum (mehr) vorhanden, dann gilt es eben einen solchen zu schaffen. Mit der Annahme der Initiative hat das Schweizer Stimmvolk genau das getan.

Die Behauptung aus dem In- und Ausland, das Schweizer Abstimmungsergebnis sei ein klares Zeichen für Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, zeugt von Unwissen, Kurzsichtigkeit, fehlendem Durchblick, Verkennung der Situation, Angst um die eigenen Pfründe oder einfach von Unwilligkeit, die Realität zu erkennen. Dies hängt unter anderem sicher damit zusammen, dass viele Menschen einen denkerischen Kurzschluss erleiden oder einfach gewisse Gehirnregionen auf «Ruhestellung» schalten – oft auch unbewusst –, sobald eine zutreffende Analyse der Realität und ein sinnvoller Lösungsansatz vorgebracht wird, der nicht ins eigene Gedanken- und Glaubensgebäude passt, also unbequem ist, oder der von jemandem – Einzelperson oder Gruppe – vorgebracht wird, der einem unsympathisch ist.

Es ist sicher so, dass bei einem gewissen geringen Prozentsatz der Abstimmenden fremdenfeindliche Ansichten eine Rolle gespielt haben, aber im grossen Ganzen trifft die Tatsache zu, dass eine stets grösser werdende Anzahl Schweizerinnen und Schweizer einerseits erkannt haben, dass sie seinerzeit bei der Abstimmung über die Bilateralen Verträge und insbesondere bezüglich der Personenfreizügigkeit durch die Politiker mit unrealistisch tiefen Zahlen für ein Ja geködert wurden, was zu einem Vertrauensverlust geführt hat, und andererseits dass es höchste Zeit ist, die Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen endlich wahrzunehmen, indem die negativen Auswirkungen der Zuwanderung und generell des Bevölkerungswachstums benannt und angegangen werden; denn die daraus entstehenden Probleme sind offensichtlich: Steter Verlust von Kulturland durch hohe Bautätigkeit (wer Augen hat der sehe!); Verkehrskollaps und überfüllte Züge durch stetig steigendes Verkehrsaufkommen; steigender Energieverbrauch;

Umweltverschmutzung durch Feinstaub, Elektrosmog, Abgase usw.; Lohndruck wegen Lohndumping; Immigration in die Sozialwerke; Zunahme der Kriminalität; usw. usf. Das Unbehagen hat reale Gründe und kann mit einem weiteren Begriff in Verbindung gebracht werden: Dichtestress. Wie in der Massentierhaltung, führt Dichtestress auch beim Menschen – oft noch unbewusst – zu vielfältigen Problemen und Symptomen, wie beispielsweise zu Unzufriedenheit, Aggression, Gleichgültigkeit gegenüber den Mitmenschen, Egoismus, allgemeiner einstellungs- und bewusstseinsmässiger Verweichlichung, wachsender Krankheitsanfälligkeit, usw. usf.

Die Schweiz hat eine lange Tradition, Menschen aus dem europäischen Umfeld und aus anderen Kontinenten aufzunehmen, ihnen bei Bedarf Schutz zu gewähren und sie sich in die schweizerische Kultur und Gesellschaft integrieren zu lassen, und im Gegensatz zu anderen Ländern (man denke z.B. an Frankreich mit seinen Parallelgesellschaften, zusammengesetzt aus Menschen der ehemaligen Kolonien usw.) hat die Integration oder zumindest die Aufnahme von sehr vielen Menschen in den letzten 100 Jahren relativ konfliktfrei stattgefunden. Aber mit einem kontinuierlich angestiegenen Ausländeranteil – er liegt gegenwärtig bei 23% –, aufgepfropft auf einem hohen Sockel an einheimischer Bevölkerung und der Aussicht auf einen weiteren und ungebremsten Anstieg, wird es langsam aber sicher (ungemütlich) und zu eng.

Die Schweizer Bevölkerung ist gut beraten, den durch die Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative ausgelösten (Marschhalt) zu nutzen, um wichtige Weichenstellungen für die Zukunft der Schweiz einzuleiten, denn die Lage ist bedrohlicher, als es den Anschein macht. Das Grundproblem in der Schweiz ist, wie in den meisten anderen Ländern, die stetig wachsende Bevölkerung. Es ist ein Armutszeugnis sondergleichen für alle jene an den politischen, wirtschaftlichen und religiösen Schalthebeln Sitzenden, aber auch für das Gros der Völker, dass das Thema Bevölkerungswachstum nach wie vor tabuisiert wird. Sich intelligent und mit dem notwendigen Durchblick wähnend, sind die Verantwortlichen in Regierungen, Parlamenten und Wissenschaft usw. völlig unfähig oder zu feige, die wirklichen Ursachen des Schlamassels zu erkennen, geschweige denn auch noch zu benennen, dies möglicherweise, weil sie sich scheuen – wahrscheinlich aus religiös-ideologischen Gründen –, vernünftige Gedanken zu generieren, um geeignete, d.h. an der Ursache greifende Massnahmen zu initiieren. Statt dessen schwafeln sie endlos um den Brei herum, verschleudern Steuergelder für den Besuch nutzloser Konferenzen, fordern zahnlose Symptombekämpfung und schulmeistern, attackieren oder missachten jene Menschen, die realistisch sind und sich getrauen, die Probleme mit deutlichen Worten zu benennen und die konkrete Vorschläge zur Ursachenbekämpfung vorbringen. Die Scheuklappenhaltung des Politik- und Regierungs-Establishments trifft übrigens genauso zu auf die kirchlichen, sozialen sowie natur- und umweltschützerischen Hilfswerke, die wie der nichtexistierende Teufel vor dem Weihwasser sich davor scheuen, das Grundübel aller Grossprobleme zu benennen. Dabei ist die Sachlage doch so klar: Gegebene Landesfläche (wächst nicht) plus unaufhaltsam wachsende Bevölkerung ergibt früher oder später einen lebensbedrohlichen Konflikt. Was selbst einem Kleinkind einleuchtet, nämlich dass ein Gefäss nur bis zum Rand gefüllt werden kann und jegliches Mehr überfliesst und verschüttet wird, ist offenbar für viele Ökonomen, Politiker, Religionsvertreter und die meisten Umwelt- und Naturschutzorganisationen-Mitarbeiter eine denkerische Überforderung. Mit ihrem Ruf nach stetem Bevölkerungswachstum zugunsten der Rentensicherung, vorzugsweise durch die Immigration von gesunden jungen Arbeitskräften, beweisen die sogenannten Experten ihren offensichtlichen Mangel an Intelligenz sowie ihre fachliche Inkompetenz. Wenn die Lage nicht so ernst wäre, könnte man über die sich blamierenden Ökonomen und Konsorten und ihre ‹Nach-mir-die-Sintflut›-Haltung lachen, die tatsächlich einem kriminellen Akt gleichkommt, weil sie mit ihrer denkerischen Unzulänglichkeit die Ursachenbekämpfung verhindern oder zumindest verzögern. Denn je mehr Menschen geboren werden, desto grösser die Probleme, und desto länger dauert es, bis Massnahmen Wirkung zeitigen, vorausgesetzt dass solche überhaupt ergriffen werden. (Am Rande bemerkt: Die Schweiz könnte sich ohne die Nettozuwanderung aus dem Ausland und den Geburten aus dem damit verbundenen Familiennachzug über eine

ökologisch, ökonomisch und sozial vernünftige demographische Entwicklung freuen, nämlich über einen zahlenmässigen Rückgang der Bevölkerung, da sich die Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung weit unterhalb der für ein Bevölkerungswachstum notwendigen 2,1 Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter bewegt.)

Wie bereits erwähnt, ist die Lage ernst, und global gesehen hat die Uhr schon längst Zwölf geschlagen. Die Naturkräfte sind dabei, gemäss dem Gesetz von Ursache und Wirkung zurückzuschlagen. Übrigens eine Erkenntnis, welche im Prinzip von Rückversicherungs-Konzernen bereits als Faktum akzeptiert wurde, im Gegensatz zu den blinden Klimawandel-Verleugnern.

Die bestehenden und kommenden Probleme sollten uns Schweizerinnen und Schweizer nicht davon abhalten, die Ärmel hochzukrempeln und – ursachenbekämpfend – über viele kommende Generationen hinweg die Schweiz als Hort des Friedens und der Freiheit zu bewahren. Um dies zu erreichen, sind offene und klare Worte, vernünftige Diskussionen, eine langfristige Perspektive, Ausdauer, Vernunft und Verstand sowie eine Vielzahl von unbequemen Massnahmen nötig. Heilige Kühe, d.h. unlogische und irreal-vernebelte Ansichten sind zu entsorgen.

Um einen nachhaltigen Erfolg zu erzielen, sind nachfolgend ein paar Gedankenanstösse und Forderungen aufgeführt, die neutral zu bedenken es sich lohnt (nicht nur in der Schweiz, sondern auch in anderen Ländern):

- Das Gesamtbevölkerungswachstum muss zum Stillstand gebracht und anschliessend in einen Schrumpfungsprozess überführt werden, bis eine für die Schweiz verträgliche und noch zu bestimmende Menge erreicht ist (Stichwort <ökologischer Fussabdruck>).
- Aufgrund der demographischen Entwicklung bzw. der steigenden Lebenserwartung ist das Pensionierungsalter nach oben zu verschieben und flexibel zu handhaben. Die aus dem Erwerbsleben austretenden Bürgerinnen und Bürger haben ihren Beitrag zu leisten für die Auswirkungen, welche durch den Übergang von einer wachsenden zu einer schrumpfenden Gesellschaft entstehen, was heisst, dass sie sich im Alter natürlich abhängig vom Gesundheitszustand usw. zeitlich und arbeitsmässig für die Gesellschaft engagieren.
- Bereits ab dem Kleinkindesalter sind die Menschen durch Bildungs- und Ausbildungsmassnahmen zu befähigen, für den eigenen Lebensunterhalt aufzukommen und für das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen der Schweizer Gesamtbevölkerung ihren Beitrag zu leisten. Ziel ist, dass die Schweizer Wirtschaft vorzugsweise und prioritär durch die gut ausgebildete und willige einheimische Bevölkerung am Laufen gehalten wird.
- Erwachsenen, die sich aufgrund einer parasitären Einstellung weigern, für ihren Lebensunterhalt selbst aufzukommen und dadurch der Gesellschaft auf der Tasche zu liegen versuchen, wird die finanzielle Unterstützung seitens des Staates gekappt bzw. auf eine allfällig notwendige reine Überlebenshilfe reduziert.
- Mitbürger/innen in Not (wegen Krankheit, Unfall, Behinderung, usw.) erhalten selbstverständlich Schutz und Unterstützung durch die Gemeinschaft.
- Asylsuchende und Flüchtlinge, die nicht nachweisbar und nicht persönlich direkt an Leib und Leben bedroht sind oder waren, sind umgehend bei nächster Gelegenheit in ihr Heimatland zurückzuschaffen, wo sie sich am Aufbau ihres Heimatlandes beteiligen sollen. Bis es soweit ist, haben sie gegen eine Anerkennungsprämie (Taschengeld) gemeinnützige Arbeit zu verrichten. (Wegen der ungeheuren Überbevölkerung auf der Erde haben sich die räumlichen und sozialen usw. Bedingungen für Emigration und Immigration [Stichwort «Wirtschaftsflüchtlinge»] gründlich geändert im Vergleich zur Zeit vor rund 100 Jahren und noch früher.)
- Alle Anreizsysteme zur Erhöhung der Geburtenrate sind zu eliminieren. Das Mittel der Wahl zur Bevölkerungsreduzierung ist die Vermeidung von Schwangerschaften. Verhütungsmittel sind von Staates

wegen verbilligt oder gar gratis an die Bevölkerung abzugeben. Abtreibungen sind nicht als Verhütungsmittel in Betracht zu ziehen, sind jedoch beim Vorliegen gewichtiger Gründe landesweit anzubieten.

- Samen- und Eispenden sowie Leihmutterschaft sind ausnahmslos zu verbieten. (Wenn Mitglieder der staatlichen Ethikkommission sich unter anderem für die Legalisierung der Leihmutterschaft einsetzen wie dies im Februar 2014 in der Schweiz geschah –, dann sind solche Personen unverzüglich wegen Unfähigkeit ihres Amtes zu entheben. Das Fordern und In-Betracht-Ziehen von Leihmutterschaft ist der vermutlich vorläufige Gipfel von verluderten Sitten und Einstellungen und ein schwerer Verstoss gegen die Menschenwürde des Kindes, das gleichsam eines auf Bestellung herangezüchteten und zum Schlachten bestimmten Schweins zur Handelsware degradiert wird. In die gleiche ausgeartete Denkkategorie fallen übrigens auch jene Parlamentarier aus Belgien, die aktive Sterbehilfe für Unmündige, d.h. Kinder und Jugendliche, legalisiert haben wie ebenfalls im Februar 2014 via Medien berichtet wurde.)
- Einflussnahme-Versuche seitens religiöser Organisationen auf staatliche Gesetze und Massnahmen sind zurückzuweisen.
- Weiterführende erforderliche Massnahmen können im folgenden Artikel nachgelesen werden: http://www.figu.org/ch/verein/periodika/sonder-bulletin/2008/nr-41/bevoelkerung

Die Schweiz gehört nicht zur Europäischen Union, aber sie ist Teil von Europa und der europäischen Völkergemeinschaft. Als solche ist sie an einer gutnachbarlichen Zusammenarbeit interessiert und verpflichtet sich auch zu einer solchen. Sie ist aber als gleichberechtigter Verhandlungspartner zu akzeptieren, der auf gleicher Augenhöhe agiert und gegenseitige Verträge neu verhandeln oder kündigen kann, wenn sich das Umfeld verändert hat, insbesondere wenn die Gesellschaftsstruktur und die Wohlfahrt durch negative Entwicklungen aus den Fugen zu drohen gerät. Dass Neuverhandlungen beidseitige Zugeständnisse erfordern, ist selbstverständlich.

Es darf nicht sein, dass die gegenwärtigen Bilateralen Verträge in ihrer aktuellen Form und mit den schädlichen Auswirkungen einfach aus Angst vor Veränderung und Wohlstandsminderung oder aus Bequemlichkeit unverändert belassen werden, denn schliesslich sind weder die EU noch die Schweiz ein starres Gebilde, wie beispielsweise die katholische Kirche oder das religiöse Judentum usw., deren Gläubige sich seit Jahrtausenden an ihren unlogischen Dogmen festklammern, obwohl die wissenschaftlichen Fortschritte und Erkenntnisse usw. viele Glaubensinhalte schon seit längerem als absurd blossstellen.

Natürlich könnten die Schweizer, die auch schon als ‹Rosinenpicker› beschimpft wurden und aus aktuellem Anlass wieder als solche betitelt werden, einfach den bequemen Weg gehen und sich in die vermeintlich ‹sicheren› Arme des EU-Establishments werfen, um sich darin glückselig zu wiegen und sich mit geschlossenen Augen weitertreiben zu lassen. Sie könnten auch wie ein Hündchen mit dem Schwanz wedeln und mit hechelnder Zunge darauf hoffen, dass alles von sich aus gut wird und ab und zu ein Wursträdchen anfällt, das als Zückerchen die Volksseele wieder eine gewisse Zeit beruhigt, damit beim Dahindösen nicht bemerkt wird, wie einem das Wasser bereits vom Hals Richtung Mund steigt.

Das EU-Diktatur-System, das verhindert, dass die Bevölkerungen der EU-Staaten ein Mitspracherecht über sie betreffende Entscheidungen ausüben können, ist nicht kompatibel mit dem Freiheits- und Demokratieverständnis der Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer, die entschieden haben, vom eigenen Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen. Hinsichtlich der EU liegt es an den jeweiligen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie sich aufraffen können, etwas zu unternehmen hinsichtlich Mitbestimmung und ob sie Einfluss nehmen wollen gegenüber einem politischen System und einer Politiker- und Technokratie-Kaste in Brüssel, die die Entscheidungsgewalt an sich gerissen hat und unfähig sowie unwillig ist, in vernünftiger und sachdienlicher Weise Lösungen für die gravierenden Probleme auszuarbeiten und die zudem die Sorgen des (einfachen Volkes) nicht ernst nimmt.

Gleichermassen wie es die Pflicht eines jeden Menschen ist, die Verantwortung für sein eigenes Leben, sein Denken und Fühlen und seine Handlungen zu übernehmen, wäre dies die Aufgabe und Pflicht eines jeden Volkes, denn wie heisst es doch seit alters her: «Wie man sich bettet, so liegt man!»

Christian Frehner, Schweiz

### Einwanderungsinitiative-Schweiz

Der 9. Februar 2014 war der Tag, an dem sich viele von uns, gemeinschaftlich und zum gleichen Zeitpunkt, geoutet haben. Wer homosexuell/bisexuell ist, weiss häufig nicht wie ihm geschieht oder was ihn alles erwartet und muss mit den unmöglichsten Schmähungen, Erniedrigungen etc. rechnen, vor allem auch in der eigenen Familie und im Freundeskreis, sobald er diesen gewaltigen Schritt unternimmt. Nicht der Mensch mit seiner einzigartigen Individualität und Persönlichkeit zählt mehr, vielmehr wird die Andersartigkeit in den Mittelpunkt gerückt und bekämpft oder zerstört. Häufig von seinen Eltern gemieden oder sogar ausgestossen und vom Umfeld erniedrigt, beschimpft, gemobbt usw., durchläuft man vielfach eine schmerzliche und ungewisse Zeit, um die einem niemand beneidet. Seit jenem denkwürdigen 9. Februar 2014 fühlt man sich als Schweizer Stimmbürger, der sich bewusst mit einem Volksentscheid gegen eine Masseneinwanderung in die Schweiz entschieden hat, ähnlich – man hat sich geoutet.

Wir gehören zu den 50,3%, die beim Globalisierungs- und Europawahnsinn einer ungehemmten Zuwanderung und unkontrollierten Einflüssen durch EU-Bürger usw. nicht mehr mitmachen wollen. Was einem da teilweise von den eigenen Landsleuten, den Europapolitikern und wer weiss noch wem an Argumenten und Aussagen entgegengeschleudert wird, dem erscheint ein Spiessrutenlauf wie Urlaub am Sandstrand.

Von Diskriminierung, Rassenhass, Ausländerfeindlichkeit usw. ist die Rede. Als ob jeder, der für eine kontrollierte Einwanderung gestimmt hat, zu einem Neonazi im Ku-Klux-Klan-Gewand mit Skinhead-Frisur und Befürworter rechten Gedankenguts mutiert sei, der das Ende der Schweizer Wirtschaft, deren Wohlstand und der Gesellschaft mit seinem apokalyptischen Votum heraufbeschworen habe. Alle Befürworter dieses Volksentscheids haben sich selbst exkommuniziert, dem biblischen und wirtschaftlichen Höllenfeuer ausgesetzt und steuern somit der Verdammnis entgegen.

Dass es unter den EU-Befürwortern noch so viel Dummheit, Primitivität, blinden EU-Gehorsam und engstirnige Mitläufer-Mentalität in unserem Zeitalter überhaupt gibt, nach allem, was wir hier vor unserer Haustür an politischer, wirtschaftlicher und sozialer EU-Inkompetenzpolitik tagtäglich erleben, erweckt den Eindruck, sich nicht im aufgeklärten 21. Jahrhundert, sondern im tiefsten Mittelalter zu befinden. Die europäische Titanic schrammt regelmässig in immer kürzeren Abständen und mit immer grösser werdender Ignoranz und Inkompetenz den Eisberg, und immer noch erzählen uns ihre EU-Kapitäne, alles sei hervorragend und man befinde sich nicht in seichten Gewässern. Dabei wird vehement verschwiegen, und das wird grundsätzlich von vielen dieser EU-Befürworter und ihren Schreihälsen und Brüllaffen nicht erkannt, was durch diese Schweizer Entscheidung im positiven Sinne bewirkt wurde. Es hat viele Bürger ausserhalb der Schweiz wachgerüttelt, zum Nachdenken angeregt und vor allem den Wunsch geweckt, ebenfalls über eine Volksabstimmung diesem europäischen Globalisierungswahn Einhalt zu gebieten. Nicht umsonst und in voller Absicht hat die westliche Politik ihre Bürger weitestgehend entmündigt und ihnen die Flügel gestutzt, nämlich um zu verhindern, dass diese gegen die desolate, menschenunwürdige und kriminelle Politik der EU aufbegehren können und somit den unzähligen Problemen, die durch das Hin- und Hergewandere hervorgerufen werden, erfolgreich entgegenzuwirken. Politik nur nach wirtschaftlichen Interessen auszurichten ist fatal. Ständiges Wachstum als Lösung aller Probleme zu betrachten zeugt von absoluter Blindheit, zumal die negativen Auswirkungen allgegenwärtig sind. Das Schweizer Modell der direkten Demokratie jedoch hat bewirkt, dass nicht die Politiker über das Volk entscheiden und es entmündigen, so wie es in allen westlichen Scheindemokratien und politischen Diktaturen innerhalb Europas der Fall ist, sondern das Volk sagt den Politikern, was sie zu tun haben.

Ein Alptraum für die politischen Schönredner und EU-Junkies, die immer nur den wirtschaftlichen Vorteil in den Mittelpunkt rücken und nicht sehen wollen, dass es auch um Menschen und kulturelle Belange geht, wenn man diesem EU-Gewürge kritisch gegenübersteht. Vorbei die Zeiten der politischen Ignoranz und Verharmlosung, dass der grosse EU-Suppentopf zusammengehört und man einfach alles in unkontrollierter Art und Weise hineinkippen und verkochen kann, um dieses zusammengepanschte Etwas als Gourmet-Gericht unter die Leute zu bringen.

Der Schweizer Suppentopf kocht über, wie auch die Suppentöpfe im Rest Europas, nur haben das die politischen (Sterneköche) in Brüssel, Berlin und sonstwo noch immer nicht erkannt. Noch immer packen sie Tütensuppe mit Leitungswasser zusammen und wollen jedem, der diese ungeniessbare Pampe probiert, erklären, dass der eigenartige Geschmack und penetrante, verfaulte Geruch nichts mit der Suppe zu tun habe, sondern vielmehr etwas mit den Geschmacksnerven der Gäste. Dieses EU-Suppengewürge also, das genausogut schmeckt und aussieht wie das hochgewürgte Essen eines Pinguins für sein Junges, wird uns seit Jahrzehnten als 5-Sterne-Menü verkauft.

Viele Köche verderben bekanntlich den Brei, dennoch wird die EU auch in ihrer jetzigen Form hemmungslos so weitermachen, als sei nichts geschehen, und aus ihren Fehlern muss man schon gar nichts lernen. Warum auch, es gibt ja immer noch genügend Menschen, die nur allzugerne diese Suppenpampe zu sich nehmen. Es wird allerdings höchste Zeit, diese Tütensuppe den Abfluss hinunterzuspülen und frisches Gemüse, saftiges Fleisch, Kräuter und Gewürze hinzuzufügen. Dazu muss aber die EU-Küche umgebaut und den Köchen gesagt werden, was sie wie zuzubereiten haben, sonst klappt auch das wieder nicht. Jetzt erleben wir jedoch, dass es für all die EU-Köche ein Unding ist, dass sich der Gast beschweren darf; und dass man ihm jeglichen Einfluss auf die Küche verweigert zeigt, in welch desolatem Zustand sich alles befindet. Das jetzige Prinzip, dass man als Gast alles essen muss, was auf den Tisch kommt – Reklamationen haben da keinen Spielraum –, ist ein absolutes Unding, wenn man über Demokratie redet. Zumal die ganze Sippe an EU-Köchen aus ihrer Perspektive ja wirklich glaubt, sie seien Spitzenköche, die alles geben. Das sieht der Gast zu recht natürlich anders, und das Ergebnis gibt ihm recht.

Es ist Zeit für eine Veränderung, und zwar mit grossen Schritten innerhalb der EU. Dass die Politiker dazu nicht fähig sind, haben sie bewiesen. Jetzt liegt es an der Bevölkerung, sich diesem europäischen Globalisierungswahn entgegenzustellen. Dass es möglich ist, hat die Schweiz gezeigt. Anstatt dieses Land müde zu belächeln und es lächerlich zu machen, sollten die Menschen Europas davon lernen und sich ein Beispiel daran nehmen, ihr Recht als Wähler einzufordern und auf Volksabstimmungen zu bestehen. Es ist ein Grundrecht und das einzige Mittel, um die Politik zu kontrollieren und in ihre Schranken zu verweisen, um weiteren Schaden von den Völkern Europas abzuwenden. Alles andere wird immer schneller in ein immer grösser werdendes Elend für alle Beteiligten führen.

Günter Neugebauer, Schweiz

# An die Menschen der Europäischen Union und der Schweiz

Wie alle Autoren, die sich in diesem offenen Brief zu Wort melden, bin auch ich nicht Teil einer politischen Partei oder Strömung, sondern ich möchte einfach zum Wohl der Menschen der Schweiz und aus Sorge für die Menschen auf dem gesamten europäischen Kontinent lediglich ein paar wenige Fakten in bezug auf die Schweiz und die Europäische Union anführen – soweit mir diese bekannt sind. Am 9. Februar dieses Jahres hat das Schweizer Stimmvolk eine Volksabstimmung zur Begrenzung einer möglichen Masseneinwanderung aus dem Ausland in die Schweiz mit einer knappen Mehrheit angenommen. Diese demokratische Abstimmung betraf die mögliche Annahme eines Verfassungszusatzes in die Schweizerische Bundesverfassung, der es der Schweizerischen Eidgenossenschaft erlauben würde, nach freiem Ermessen, gemäss bestimmten Kriterien, die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern künftig wieder selbst zu steuern. Und genau dieser durch die genannte Volksabstimmung angenommene und folglich für

rechtskräftig erklärte Verfassungszusatz läuft den Gesetzen und den sogenannten Grundrechten der Europäischen Union zuwider bzw. ist mit einer der sogenannten vier Grundfreiheiten der EU nicht vereinbar, was dazu führte, dass die Reaktionen der offiziellen EU und deren Politiker sowie von weiteren EU-Anhängern und EU-Befürwortern alles andere als erfreulich ausfielen. Die Reaktionen der EU-Politiker, der EU-Vasallen und weiterer EU-Anhänger auf den demokratisch gefällten Volksentscheid in der Schweiz fielen derart heftig aus, dass die äusserst diktatorische und hässliche Fratze der Europäischen Union schonungslos und wohl wie selten zuvor für jeden Menschen auf dem europäischen Kontinent offenkundig und klar zum Ausdruck kam. Es ist wirklich beschämend, wie noch im 3. Jahrtausend – im ach so modernen Europa – in primitiv-dummer, undemokratischer und äusserst kindischer Art und Weise sowie mit bedenklichem Unverständnis auf einen in einem freien kleinen Land demokratisch gefällten Volksentscheid reagiert wird, nur weil die Volksmehrheit in diesem kleinen Land nicht derart hündisch-demütig spurt, wie es die diktatorische Europäische Union und deren arrogante und extrem überhebliche Politiker und auch die schweizerischen EU-Pro- und Hurraschreier erwarten. Anstatt den am 9. Februar gefällten Schweizer Volksentscheid und somit die Demokratie zu respektieren – auch wenn dieser Entscheid für sehr viele Menschen völlig überraschend ausfiel –, wird von seiten der EU-Politiker sowie von fanatischen EU-Anhängern wütend, arrogant und bedauerlich kindisch auf die Schweiz und auf die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung mit verschiedenen Drohungen und beleidigenden Worten eingeprügelt, wodurch klar ersichtlich wird, dass die Europäische Union und ihre Politiker sowie sehr viele weitere Politiker und sonstige Machthaber in sehr vielen europäischen Ländern diktatorisch oder zumindest äusserst diktatorisch veranlagt sind, von effectiver Demokratie keine Ahnung haben und in bedenklichem Ausmass an Arroganz, Ignoranz, Dummheit, Unreife, Überheblichkeit, Grössenwahn und gefährlichem Fanatismus leiden. Dies trifft aber auch auf alle jene Schweizer und Schweizerinnen zu, die schleichend und erbärmlich nach einer Mitgliedschaft in der EU heischen und die Schweiz in deren diktatorische Klauen verschachern wollen. Obwohl die Schweiz KEIN Mitglied der Europäischen Union ist und zudem gemäss der angeblich weltweit verbindlichen UN-Charta als souveräner Staat selbst über ihre eigenen internen Angelegenheiten bestimmen darf, setzt sich die EU diktatorisch und selbstherrlich über diese Tatsache hinweg und bedroht die Schweiz mit teilweise kindisch anmutenden Sanktionen usw. Und dies nur darum, weil das Schweizervolk – aus Sorge bezüglich der eigenen sozialen und wirtschaftlichen Zukunft – einer neuen Regelung zustimmte, die durch die SVP lanciert wurde und der EU sowie deren Anhängern und den schweizerischen Heimatverrätern überhaupt nicht in den Kram passt. Dies, weil diese Regelung mit den nazigleichen Wertevorstellungen der Europäischen Union und deren äusserst undemokratischen und diktatorischen Plänen für die

aus Sorge bezuglich der eigenen sozialen und wirtschaftlichen Zukunft – einer neuen Regelung zustimmte, die durch die SVP lanciert wurde und der EU sowie deren Anhängern und den schweizerischen Heimatverrätern überhaupt nicht in den Kram passt. Dies, weil diese Regelung mit den nazigleichen Wertevorstellungen der Europäischen Union und deren äusserst undemokratischen und diktatorischen Plänen für die Zukunft nicht übereinstimmt. Mit böser politischer Gewalt und also mit blankem Zwang wird versucht, die Schweiz und deren Bevölkerung doch noch zum Kniefall und unter das diktatorische Joch der Europäischen Union zu zwingen, und zwar dadurch, indem einerseits versucht wird, die Schweizer Bevölkerung zur Schnecke zu machen und sie zu versklaven, indem sie böswilliger- und fälschlicherweise als Spinner, Irre, Rosinenpicker, Rassisten und Fremdenhasser sowie als fremdenfeindlich beschimpft wird, und andererseits dadurch, indem der Schweiz mit Sanktionen und der Sistierung bereits getroffener oder noch in Verhandlung stehender bilateraler Vereinbarungen usw. nicht nur gedroht wird, sondern es wurde teilweise bereits schon angewendet bzw. umgesetzt.

Aber anstatt dass die Schweiz bzw. die für internationale Beziehungen zuständigen Schweizer Politiker

Aber anstatt dass die Schweize bzw. die für internationale Beziehungen zuständigen Schweizer Politiker sich gegen die diktatorischen, überheblichen und arroganten Reaktionen und zwangsmässigen Drohungen der EU und deren Politiker sowie ihrer Vasallen und Anhänger entscheiden und sich absolut gerechtfertigt zur Wehr setzten würden, droht möglicherweise ein hündisch-demütiger, feiger und rückgratloser Bittgang der Schweizer Bundesvertretung sowie der heimatverräterischen und EU anhängigen Parteien und deren Mitläufer an die Adresse der EU-Diktatoren in Brüssel. Leider haben sich gerade in dieser Beziehung in den letzten Jahren die meisten Schweizer Politiker – allen voran zumindest der Grossteil des Schweizer Bundesratskollegiums –, die Schweizer Diplomaten und die Schweizer Unterhändler gegenüber der Europäischen Union in gewissen Fällen überhaupt nicht als mutige, kluge und selbstsichere Verhandlungs-

partner erwiesen. Sie haben nicht im Interesse der Schweiz und der Schweizer Bevölkerung verhandelt, sondern sie agierten bzw. «wurstelten» – bis auf wenige Ausnahmen – als feige, rückgratlose und intelligenzarme Heimatverräter – die in ihrer Verblendung, erschaffen durch eigene Machtgelüste, Arroganz und Überheblichkeit, und in der Verlockung, möglicherweise ein kleines Stück vom Kuchen der europäischen Grossmachtpolitik ergattern zu können – bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt einfach dahin. Sie bemerkten und bemerken in ihrer Dummheit, Naivität und Verblendung nicht – wohl auch darum, weil sie es nicht erfassen können –, was sie in ihrem feigen und heimatverräterischen Tun und Handeln bisher an Schlechtem und Nachteiligem für die Schweiz und für das Schweizer Volk bewirkt und heraufbeschworen haben.

Anstatt über alles verantwortungs- und pflichtbewusst selbst nachzudenken, um sich dadurch eine eigene und vernünftige Meinung zu bilden, liessen und lassen sich weiterhin sehr viele Menschen in der Schweiz und in allen Ländern auf dem europäischen Kontinent sowie auch viele Politiker, Medienschaffende und Wirtschaftsvertreter in der Europäischen Union und im restlichen Europa von der EU-Propaganda und deren Lügen, falschen Versprechungen und der perfiden Angstmacherei massiv beeinflussen und einschüchtern. Und diese ideologische Beeinflussung durch die EU-Propaganda ist mittlerweile bereits als gezielte und hinterhältige Gehirnwäsche zu bezeichnen, die in ihrer Intensität und in ihrem Umfang gegenüber allen anderen Ländern und Vereinigungen auf dem gesamten Erdenrund wahrscheinlich konkurrenzlos geworden ist. Wenn dem nicht so wäre, wie kann es dann sein, dass eine Volksabstimmung bezüglich einer vernünftigen und massvollen sowie eigenständigen Regulierung des Einwanderungsstroms aus dem Ausland in einem unfassbar dumm-dämlichen Anflug von Unbedarftheit als Abschottungsinitiative bezeichnet wird und dass zudem die Millionen von Menschen, die dieser Initiative zustimmten, ebenfalls in arroganter, gedankenloser und äusserst respektloser Weise als Irre, Rassisten, Rosinenpicker und Ausländerhasser beschimpft werden. Gerade der Vorwurf der Rosinenpickerei ist in seinem Zynismus nur schwerlich zu überbieten, weil nämlich die Schweiz, sogar als Nicht-EU-Mitglied, in den letzten 10 Jahren, in direkter oder indirekter Form, gemäss vorsichtigen und konservativen Schätzungen einen sehr hohen zweistelligen, wenn nicht gar dreistelligen Milliardenbetrag an die Europäische Union entrichtet hat. Natürlich darf nicht vergessen werden, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft ebenfalls vom Europäischen Binnenmarkt und von vielen der Ausländer und Ausländerinnen, die in der Schweiz leben und arbeiten, profitierte und weiterhin profitiert. Es darf aber auch nicht vergessen werden, dass, wie erwähnt, die Schweiz immer ihren Beitrag und ihre loyale Freundschaft gegenüber der europäischen Gemeinschaft und den Ausländern im eigenen Land leistete und bewahrte. Ein Umstand, der auch weiterhin aufrechterhalten bleiben soll, wie aber auch das Recht der eigenen demokratischen Freiheit und Selbstbestimmung. Und gerade in der vernünftigen Begrenzung und Kontingentierung des Einwanderungsstroms in die kleine Schweiz kommt die Freiheit der demokratischen Selbstbestimmung glücklicherweise zum Tragen. Während der durchschnittliche Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung in gewissen EU-Staaten bei nicht einmal 7% oder höchstens 15% liegt, beläuft sich der durchschnittliche Wert in der Schweiz bereits auf 23,8%, was dem höchsten Wert aller Länder auf dem europäischen Kontinent entspricht. Und wenn zudem bedacht wird, dass sich die rund 8,1 Millionen Menschen, die in der Schweiz leben, hauptsächlich auf das lediglich rund 15 000 km² kleine Schweizer Mittelland verteilen, nebst allen Seen, Flüssen, Wäldern, Erholungsgebieten und dem Grossteil der Nahrungsmittelanbaugebiete, dann sollte eigentlich selbst dem Dümmsten und Ungebildetsten klar einleuchten, dass eine jährliche Masseneinwanderung von gegenwärtig rund 80 000 Menschen, auf die kommenden Jahre übertragen, letztendlich eine ungeheuer problematische Situation heraufbeschwören und zwangsläufig zu unlösbaren Problemen sozialer, kultureller, wirtschaftlicher, politischer und unter Umständen religiöser Natur führen würde. Naive, dämliche und fanatische EU-Pro- und Hurra-Schreier in der Schweiz argumentieren seit vielen

Jahren, dass die Schweiz unbedingt Mitglied der Europäischen Union werden müsse, weil sie nur auf diese Weise etwas in der EU und in ganz Europa bewirken könne. Genau das Gegenteil aber ist der Fall, denn wer die diktatorischen Machtstrukturen der EU kennt, der weiss, dass ein kleines Land wie die Schweiz als EU-Mitglied weder aussenpolitisch noch innenpolitisch massgebend entscheidungsfähig wäre und somit seine Demokratie in vielen wichtigen Bereichen verlieren würde, wie eben z.B. die Freiheit, eine eigenständige und vernünftige Begrenzung der Masseneinwanderung zum Wohl der Schweiz und der Schweizer Bevölkerung durchsetzen zu können.

Interessanterweise scheint das Schweizer Beispiel und die Abstimmung vom 9. Februar in vielen Ländern Europas Schule und den Menschen Mut zu machen, denn sehr viele des sogenannten einfachen Volkes in diesen Ländern können – im Gegensatz zu vielen EU- und Schweizerpolitikern sowie EU-Fanatikern – die Tragweite eines zu hohen Ausländeranteils im eigenen Land sehen oder zumindest erahnen, wie Umfragen in Ländern wie Deutschland, England, Italien und Frankreich usw. ergeben haben. Eine überwältigende Mehrheit der in diesen Ländern lebenden Menschen würden genau gleich wie die Mehrheit des Schweizer Volkes stimmen – wenn sie nur die Möglichkeit hierzu hätten. Und genau vor diesen demokratischen Möglichkeiten fürchten sich ganz offensichtlich die EU-Politiker, denn sie wissen nur zu genau, dass mehr effective Demokratie in den einzelnen EU-Mitgliedsländern die EU in ihren diktatorischen Grundfesten erschüttern und zerstören würde, folglich mit Drohungen, politischer Gewalt und bösem Zwang seitens der Europäischen Union versucht wird, die Schweizerische Eidgenossenschaft in die Knie und zu einem Umdenken zu zwingen, um diesen ‹Präzedenzfall› und einen möglichen Dominoeffekt doch noch verhindern zu können. Eine dieser diktatorischen Zwangsformen stellt das scheinbar unverrückbare Verharren der EU in bezug auf die Personenfreizügigkeit dar, die eine der vier Grundfreiheiten der Europäischen Union darstellt und seitens der EU-Politiker gegenüber den EU-Bürgern in allen EU-Ländern fälschlicherweise auch als eine effective Freiheit verkauft wird, was mitnichten der Wirklichkeit und Wahrheit entspricht. Die Personenfreizügigkeit, wie auch die weiteren drei sogenannten Grundfreiheiten, stellen lediglich unzulängliche und von Menschen erdachte sowie äusserst diktatorisch-ideologischgefärbte und der EU genehme Prinzipien dar, die gegenwärtig – und wahrscheinlich auch noch für längere Zeit in der Zukunft – in der Praxis nicht funktionieren können und mit wirklicher Freiheit auch nichts gemeinsam haben. Von diesem Standpunkt her betrachtet, müsste die direkte Demokratie eher eine der Grundfreiheiten darstellen, was aber der diktatorischen EU und ihren Absichten und Zielen äusserst klar zuwiderlaufen würde, folglich innerhalb des Herrschaftsgebietes der Europäischen Union – und für die Mehrheit der eingefleischten EU-Politiker – die direkte Demokratie mit grosser Wahrscheinlichkeit niemals ein ernstzunehmendes Thema sein wird. Wenn dem nicht so wäre, wie käme es sonst, dass in den riesigen Regierungs- und Verwaltungsgebäuden der Europäischen Union in Brüssel, Luxemburg und Strassburg gewisse repräsentative Umfragen aus verschiedenen EU-Mitgliedsländern praktisch ungehört verhallen; Umfragen, die z.B. in Deutschland zum Ergebnis kommen, dass über 70% der Deutschen Bürger bundesweite Volksabstimmungen nach schweizerischem Vorbild sofort freudig begrüssen würden?!

Die Europäische Union wurde vor vielen Jahrzehnten hauptsächlich von einer mächtigen und finanzkräftigen Politik- und Wirtschaftselite erdacht und ins Leben gerufen und im grossen und ganzen bis zur
gegenwärtig existierenden Form geführt. Und diese mächtige und finanzkräftige Politik- und Wirtschaftselite, die nachweislich bereits seit Jahrzehnten äusserst machtvoll, einflussreich und nahezu perfekt mit der
Weltpolitik, der Wirtschafts- und der Finanzwelt vernetzt ist, hat schon vor sehr langer Zeit den Bezug zum
einfachen Volk verloren, folglich die Menschen dieser Elite, die als die Gründerväter der Europäischen
Union betrachtet werden müssen, praktisch ihr gesamtes Schalten und Walten nur noch der Erfüllung ihrer
eigennützigen Interessen, ihrer Machtgelüste und Ziele unterordnen. Eine Tatsache, die sich leider immer
wieder bewahrheitet, da es in der Natur des charakterschwachen Menschen liegt, dass wenn er einmal
Blut geleckt hat, sich nicht davon abhalten lässt, seine Begierden zu befriedigen, wenn sich ihm die Möglichkeiten hierzu bequem wie auf dem Silbertablett präsentieren, wie dies z.B. der Fall ist, wenn die
diktatorischen und verlockenden Machtstrukturen der EU betrachtet werden. In den Augen und im Sinn
der EU-Elite – abgesehen von wenigen Ausnahmen – ist der einfache Bürger des gemeinen Volkes nur

noch ein Mittel zum Zweck, um die eigenen macht- und geldgierigen Ziele und Wünsche erfüllen zu können

Dieser Tatsache, nebst vielen weiteren Fakten, müssen sich der Schweizerische Bundesrat und dessen Diplomaten und Unterhändler in den anstehenden Verhandlungen mit der Europäischen Union unbedingt bewusst sein, wenn es darum geht, die Interessen der Schweiz und ihrer Bevölkerung mutig, selbstbewusst und selbstsicher zu vertreten, damit, wenn es die Notwendigkeit erfordert, der EU auch klar die Stirn geboten werden kann. Die Verhandlungsposition der Schweiz als Nicht-EU-Mitgliedsland – nur schon dank ihrer grundsätzlichen, zumindest grösstenteils politischen Unabhängigkeit, ihrer Wirtschaftskraft und ihrer günstigen geographischen Lage – ist dabei sehr viel besser dran, als die lügnerische EU-Propaganda und viele dumm-dämliche Politiker in der Schweiz sowie unreife und unwissende Möchtegern-Intellektuelle in ganz Europa es sehen oder verkaufen möchten, wie dies auch schon in ähnlicher Weise 1992, nach Ablehnung des EWR-Beitrittes, der Fall war, als fälschlich und irrig der wirtschaftliche Super-GAU für die Schweizerische Eidgenossenschaft prophezeit wurde. Die Schweiz ist nach den USA, nach China und nach Russland mittlerweile der viertwichtigste Handelspartner für die Europäische Union. Und für Exporteure aus der EU war die Schweiz zwischen Januar und Oktober 2013 gleich hinter den Vereinigten Staaten von Amerika der grösste Absatzmarkt für EU-Waren. Des weiteren – nebst vielen weiteren Vorteilen – liegt die Schweizerische Eidgenossenschaft im Herzen Europas und kontrolliert die wichtigste Nord-Süd-Verbindung der EU, was dieses Land bezüglich logistischer Belange für die Europäische Union grundsätzlich unverzichtbar macht, folglich diese Tatsache bei Verhandlungen mit der EU ins Feld geführt werden muss. Würde die Schweiz ihre Grenzen für die EU-Transporte durch die Schweiz schliessen, dann ergäbe dies für die EU eine Katastrophe. Fragt sich also, ob die Schweiz nicht mit den selben Mitteln zurückschlagen soll, wie diese von der EU gegen die Schweiz angewendet werden.

Im Interesse der Schweiz, der Schweizer Bevölkerung und der direkten Demokratie sowie der Freiheit, der Wohlfahrt, der Selbstbestimmung und der menschlichen Würde ist es mehr als nur wünschenswert, wenn einerseits die Schweizer Politiker und Wirtschaftsvertreter in ihren Verhandlungen mit der EU sich dieser und weiterer damit zusammenhängenden Tatsachen klar bewusst werden und die Interessen der Schweizerischen Eidgenossenschaft gegenwärtig und auch zukünftig klug, weise und mutig vertreten würden. Und andererseits ist es ebenfalls äusserst wünschenswert, wenn alle Menschen, und zwar nicht nur in den EU-Mitgliedsländern, sondern in ganz Europa über diese Dinge nachdenken würden, um die richtigen und vernünftigen Schlüsse daraus zu ziehen, folglich das Schicksal selbstbestimmend wieder in die eigenen Hände genommen werden und effective Demokratie in allen Staaten einziehen könnte.

Patric Chenaux, Schweiz

### Eine unverschämte Diskriminierung

Am 9. Februar 2014 stimmte das Stimmvolk der Schweiz über die Masseneinwanderungsinitiative ab. Diese wurde mit 50,3%, also mit einem knappen JA angenommen. Seit diesem Tag wurde und wird die Schweiz von der Europäischen Union aufs Massivste beschimpft, diskriminiert und verurteilt.

Die Initianten dieser Initiative haben sich sehr wohl etwas überlegt, denn die Grenzen der Schweiz sind nicht dehnbar. Tatsache ist dabei auch, dass wir in unserem Land bereits über acht Millionen Menschen zählen, wobei ca. jede vierte Person resp. mehr als 23% eine andere Staatsbürgerschaft hat. Nichtdestotrotz müssen wir bedacht sein, dass jedem Menschen die nötige Erholung vom Alltagsstress gewährt werden kann. Dies ist aber nur möglich, wenn wir die Einwanderung kontrollieren können und nicht mehr Leute ins Land lassen, als dieses in jeder Beziehung zu verkraften vermag. Die Naherholungsgebiete sind überbaut, und zwar so, dass der stressgeprüfte Mensch vom rauhen Arbeitsklima und vom einhergehenden Konkurrenzkampf nicht mehr genügend Erholung findet. Psychische wie auch physische Krankheiten aller Art nehmen immer mehr überhand, wobei die Dichte der menschlichen Ansammlungen einen grossen Teil

dazu beitragen. Die Krankenkassenprämien und alle sozialen Strukturen und Versicherungen sind masslos überfordert und am Anschlag, folglich von jedem Bürger im Erwerbsleben, wie aber auch im Ruhestand immer höhere Prämienbeiträge bezahlt werden müssen. Dies auch, um den Hilfsbedürftigen in
bezug auf ihren Bedarf gerecht zu werden. Der soziale Frieden und somit die Grundlage der Schweiz
sind bereits gestört, was unter gewissen unverständigen Leuten leider zu Fremden- und Rassenhass sowie
zu Terror und Diskriminierung führt. Es sind bereits Nachbarschaftskonflikte die Folge, weil die Menschen
schon jetzt räumlich zu eng zusammenrücken müssen. Da fragt es sich, was denn sein würde, wenn unkontrolliert durch eine Personenfreizügigkeit noch mehr Menschen ins Land kommen würden.

Es kann und darf doch einfach nicht möglich sein, dass ein Nichtmitgliedstaat der EU, wie eben die Schweiz, von dieser selbst wohlgepriesenen, jedoch wahrheitlich diktatorischen Organisation so massiv unter Druck gesetzt wird, wobei sogar unterschriftbereite Abkommen – wie der Elektrizitätshandel – einfach auf Eis gelegt werden, oder dass der Studentenaustausch zwischen den europäischen Staaten unterbunden wird. Solche diktatorische Machenschaften gegenüber Minoritäten in Europa – auch gegenüber der Schweiz – sind nicht nur höchst fragwürdig und diskriminierend, sondern sie decken sich umfänglich mit den unmenschlichen Machenschaften des Naziregimes. Und all dies nur, weil die Schweiz sich erdreistete, sich ihrer Demokratie zu besinnen und sich der durch die EU diktierten Personenfreizügigkeit entgegenzusetzen, um damit den sozialen Status und den wahren Wert der direkten Demokratie in unserem schönen Land zu bewahren und um Menschen in Europa darauf aufmerksam zu machen, dass auch sie langfristig mitarbeiten müssen, um ein bürgerfreundliches und demokratiegerechtes Europa zu schaffen. Es wäre wünschenswert, wenn sich jedes einzelne Land Europas und der Erde dazu befähigen würde, für jede Bürgerin und jeden Bürger die wahren Werte des menschlichen Zusammenlebens in demokratischer Weise zu fördern, um Glücklichkeit, Respekt und Achtung vor dem Nächsten zu fördern, wie auch wirklichen Frieden, wirkliche Freiheit und Harmonie zu gewährleisten und somit das Leben jedes einzelnen Menschen auf unserer Erde lebenswert zu machen.

> Eine besorgte Bürgerin Madeleine Brügger, Schweiz

### Vernunft wäre gefragt ...

Wieder einmal haben die Schweizer den Beweis erbracht, dass die – leider nur dünne – Mehrheit der Bevölkerung klarer sieht als ihre EU-verliebte Regierung. Hoffen wir, dass man in Bern den Volkswillen endlich ernst nimmt und ihn umsetzt. Alles andere wären streng genommen Korruption und Amtsmissbrauch, was in einer echten Demokratie die Amtsenthebung der Volksvertreter zur Folge haben müsste.

Meiner Auffassung nach hat das Volk nicht nur die totale und EU-konforme Personenfreizügigkeit abgelehnt und damit einem von Regierungsmitgliedern seit Jahren propagierten EU-Beitritt der Schweiz eine weitere Absage erteilt, sondern es hat sich auch gegen die bereits erdrückende Übervölkerung im Land ausgesprochen. Wer plakativ mit zubetoniertem Bauernland und überfülltem ÖV um Stimmen wirbt, der fühlt sich im Ameisenhaufen Schweiz zu recht beengt. Das Veto gegen zu starke Einwanderung ist aber nur der allererste Schritt. Mögliche Erstmassnahmen könnten ein Vermehrungsverbot gegenüber allen Einwanderern und Asylsuchenden sein. Aber ob sie es wollen oder nicht – das genügt nicht! Auch die Schweizerische Bevölkerung wird sich Gedanken über eine strenge Geburtenregelung in den eigenen Reihen machen müssen, um in wenigen Jahrzehnten einen spürbaren Entlastungseffekt zu generieren.

Billy Meier tritt seit Jahrzehnten für eine weltweite strenge Geburtenkontrolle ein, um die Erdbevölkerung auf ihr natürliches Mass zu reduzieren, das von unserem geschundenen Planeten problemlos getragen werden kann. Das Zahlenverhältnis derzeit beträgt etwa 1:15, das heisst, von 16 Personen dürfte es tatsächlich nur eine einzige Person geben!! Da aber jeder, der lebt, ein Recht auf Leben, Heimstatt, Nahrung und Kleidung hat, kann der Reduktionsprozess nur über die normale Sterberate UND über strikte Geburten-

kontrolle funktionieren. Lehrer müssen dabei nicht arbeitslos werden, sondern können in der Erwachsenenbildung arbeiten, einem Stiefkind der öffentlichen Bildung. Auch muss die Verhütung sowie ein Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Wochen – danach ist der Foetus begeistet und untersteht dem Recht auf Leben – kostenfrei werden. Allerdings müssen unsere Pharmakonzerne endlich ihre Hausaufgaben machen und nebenwirkungsfreie sichere Verhütungsmethoden generieren. Seit Erfindung der Pille ist diese Entwicklung stehengeblieben und die Frauen müssen ihre Körper stark beeinträchtigen respektive vergiften lassen, um einer kaninchenhaften Vermehrung vorzubeugen. Da seit einigen Jahrzehnten der Vatikan in die Pharmakonzerne massiv investiert hat, wundert es mich nicht.

Nach Ansicht von Billy Meier müssen die Massnahmen zur Bevölkerungsreduktion drastisch sein. Er schlägt vor, 7 Jahre lang keine Geburten zuzulassen, dann ein Jahr lang unter strengen Auflagen bestimmten Paaren Nachwuchs zu gestatten, danach wieder 7 geburtsfreie Jahre durchzuführen usw., bis die gewünschte Bevölkerungszahl erreicht ist, die anschliessend durch Nachwuchs und unumgängliche Zuwanderung beibehalten wird. Die angenehmen Nebeneffekte werden bald spürbar sein: Schiessereien auf offener Strasse, Vergewaltigungen und Prügeleien werden bald zu Schreckensbildern aus der Vergangenheit. Die Prostitution wird ebenso reduziert, der Miet- und Immobilienwucher wird durch zunehmenden Leerstand ebenso verschwinden wie die Staus auf der Strasse. Bausünden können entfernt, altes Bauernland und andere Flächen renaturiert und die Aus- und Weiterbildung aller Bevölkerungsteile auf ein beispielloses Niveau gehoben werden. Auch wenn wir heutigen Erwachsenen die segensreichen Folgen einer reduzierten Bevölkerung nur in ihren Anfängen erleben würden – für die Kinder der Zukunft (auch wenn es nicht die eigenen sind) und für unser Land sollte es uns diese gemeinsame Anstrengung wert sein! Ganz nebenbei wäre die Schweiz ein Paradebeispiel für den Rest der Welt, und zwar dafür, was in einer Demokratie alles möglich ist an volksweiter Vernunft. Andere stark bevölkerte Länder würden bald nachfolgen. Mit einer EU-Diktatur funktioniert das sicher nicht ...

> N.D., Züri-Oberland (Personendaten sind der Redaktion bekannt)

#### **IMPRESSUM FIGU-Bulletin**

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, CH-8495 Schmidrüti ZH Redaktion: <Billy> Eduard Albert Meier, Semiase-Silver-Star-Center, CH-8495 Schmidrüti ZH

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig; Preis pro Einzelnummer: CHF 2.-

(Zusammen mit einem Abonnement der «Stimme der Wassermannzeit» oder der «Geisteslehre-Briefe» als Gratis-Beilage.)

Postcheck-Konto: FIGU-CH-8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

E-Brief: info@figu.org Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2014



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, (Freie Interessengemeinschaft), Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, CH-8495 Schmidrüti ZH